

Iryna Solonenko*

Die ukrainische Zivilgesellschaft von der Orangen Revolution bis zum Euromaidan: die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Dies ist die Generation Maidan: zu jung, um von der Erfahrung der Sowjetunion belastet zu sein, alt genug, um sich an das Scheitern der Orangen Revolution zu erinnern. Sie will nicht, dass ihre Kinder in 15 Jahren wieder auf dem Maidan stehen.

Sylvie Kaufmann, The New York Times, April 2014¹

Einführung

Mit Beginn der Euromaidan-Proteste im November 2013 rückte die ukrainische Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt des Interesses. Das Interesse nahm noch zu, als die Zivilgesellschaft nach der Ernennung der neuen Regierung im Februar 2014 auf Reformen drängte, gleichzeitig die Armee und Freiwilligenverbände unterstützte, die im Osten des Landes kämpften, und den zivilen Opfern des Krieges Hilfe leistete. Vor dem Hintergrund eines schwachen ukrainischen Staates, der noch immer unter einem Mangel an politischem Willen, an mangelhafter Regierungsführung, Korruption, militärischer Schwäche und einer dysfunktionalen Strafverfolgung leidet – wovon vieles noch auf Viktor Janukowitsch zurückgeht – sind die Zivilgesellschaft und freiwillige Aktivisten zum Motor für Reformen und zu einem wichtigen Mobilisierungsfaktor angesichts der Aggression von außen geworden.

Der vorliegende Beitrag untersucht den Wandel der ukrainischen Zivilgesellschaft in der Zeit zwischen der Orangen Revolution von 2004 und heute. Warum ausgerechnet dieser Zeitraum? Die Orange Revolution und die Euromaidan-Proteste waren Meilensteine im Prozess der Demokratisierung und des Staatsaufbaus in der Ukraine seit Erlangung der Unabhängigkeit. Eine Analyse des Wandels der ukrainischen Zivilgesellschaft während dieser Zeitspanne führt zu interessanten Befunden.² Nach einem kurzen Portrait der ukrainischen Zivilgesellschaft und ihrer Entwicklung untersucht der Beitrag die Beziehungen zwischen der Zivilgesellschaft und drei weiteren Akteuren: dem Staat, der breiteren Gesellschaft sowie externen Akteuren, die die ukrai-

* Der Beitrag berücksichtigt die Entwicklungen bis Oktober 2014.

1 Sylvie Kauffmann, Ukraine's Activists Are Taking No Chances, in: The New York Times, 25. April 2014, unter: <http://www.nytimes.com/2014/04/26/opinion/kauffmann-ukraines-activists-are-taking-no-chances.html>.

2 Einen guten Überblick über die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Zivilgesellschaft seit der Unabhängigkeit gibt Mridula Ghosh, In Search of Sustainability. Civil Society in Ukraine, Berlin 2014.

nische Zivilgesellschaft und ihre Entwicklung unterstützten. Die Beziehungen zwischen der Zivilgesellschaft und den genannten drei Akteuren stärken sich jeweils gegenseitig: Die Zivilgesellschaft handelt aktiv, indem sie sich um Partnerschaften bemüht und die Agenda bestimmt. Die anderen Akteure schaffen das „Arbeitsumfeld“ für zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Sowohl die Art und Weise, wie der Staat mit der Zivilgesellschaft umgeht, als auch die Unterstützung und das Vertrauen der Bevölkerung sowie die Aktivitäten externer Akteure haben großen Einfluss auf die Zivilgesellschaft und können deren Entwicklung entweder fördern oder aber im Gegenteil ihre Tätigkeit behindern.

Der vorliegende Beitrag stützt sich auf eine weitgefaste Definition von Zivilgesellschaft als die „Gesamtheit der zwischen Familie, Staat und Markt gelegenen Institutionen, Organisationen und Individuen, [einen Bereich] in dem sich Menschen freiwillig zusammenschließen, um gemeinsame Interessen zu befördern“.³ Dieser Definition zufolge umfasst die Zivilgesellschaft sowohl formal eingetragene Organisationen als auch informelle und spontane Bürgervereinigungen.

In dem Beitrag wird argumentiert, dass die ukrainische Zivilgesellschaft zwar noch immer unter mangelnder Nachhaltigkeit, fehlenden Möglichkeiten, tatsächlich Einfluss auf den Reformprozess zu nehmen, mangelnder Volksnähe und einer starken Abhängigkeit von externen Geldern leidet, dass sie sich aber dennoch seit der Orangen Revolution qualitativ deutlich weiterentwickelt hat. Dies betrifft in erster Linie die Art und Weise, wie die Zivilgesellschaft organisiert ist und wie sie sich selbst wahrnimmt, aber auch die oben genannten Beziehungen zu anderen Akteuren. Die ukrainische Zivilgesellschaft sieht sich heute als vollwertiger Akteur im Reformprozess und fordert, in die Politik eingebunden zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich die Zivilgesellschaft, obwohl zahlreiche zivilgesellschaftliche Bewegungen, Überwachungsnetzwerke und Netzwerke von Interessengruppen sowie freiwillige Initiativen wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, stärker konsolidiert. Diese Entwicklung war erstmals in den frühen Jahren der Präsidentschaft von Viktor Janukowitsch ab 2010 zu beobachten, vor allem aber während und nach dem Euromaidan. Wie die ukrainische Zivilgesellschaft ihre eigene Rolle in der Entwicklung des Landes wahrnimmt, erinnert an Charles de Gaulles berühmten Ausspruch: „Die Politik ist eine zu ernste Angelegenheit, als dass man sie den Politikern überlassen könnte.“

Diese qualitative Veränderung innerhalb der ukrainischen Zivilgesellschaft und ihrer Rolle bei der Transformation der Ukraine zu verstehen, ist sehr wichtig. Eine solche Perspektive bildet ein Gegengewicht zu dem immer noch vorherrschenden staatszentrierten Ansatz bei der Bewertung der Entwicklungen in der Ukraine oder ergänzt ihn zumindest. Ohne die Berück-

3 Helmut K. Anheier, *Nonprofit Organizations. Theory, management, policy*, London 2005, S. 9. Vgl. auch Michael Edwards, *Civil Society*, Cambridge 2014 (alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

sichtigung der Zivilgesellschaft ist es unmöglich, die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine umfassend zu verstehen.

Die ukrainische Zivilgesellschaft: Porträt und Überblick über ihre Entwicklung

Seit der Orangen Revolution hat sich die Zahl der registrierten zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine kontinuierlich erhöht. 2014 gab es bereits 75.414 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – offiziell als „Bürgerorganisationen“ bezeichnet – sowie 28.851 Gewerkschaften, 15.904 Verbände der Eigentümer von Mehrfamilienhäusern, 15.708 „gemeinnützige Stiftungen oder Organisationen“, 1.369 selbstorganisierte territoriale Gemeinschaften und 276 Berufsorganisationen.⁴ Die verschiedenen Formen zivilgesellschaftlicher Organisation spiegeln auch die große Bandbreite ihrer Aktivitäten und der von ihnen verfolgten Ziele wider.

Die am weitesten verbreitete Form der Registrierung zivilgesellschaftlicher Initiativen in der Ukraine ist die einer NGO. Doch obwohl im Jahr 2014 über 75.000 Organisationen dieser Art registriert waren, sind ukrainischen Experten zufolge nur rund 3.000-4.000 davon aktiv und funktionsfähig. Die übrigen existieren lediglich auf dem Papier oder lassen ihre Eintragung nach kurzer Zeit wieder löschen.⁵

Was die Arbeit der aktiven NGOs betrifft, so ergab eine Umfrage unter 623 NGO-Vorsitzenden aus dem Jahr 2010, dass sich 44 Prozent vor allem mit Themen wie „Kinder und Jugendliche“ beschäftigten, 27 Prozent mit politischer Bildung und ebenfalls 27 Prozent mit Menschenrechten. 25 Prozent gaben an, ihr Schwerpunkt seien soziale Fragen und Probleme.⁶

Diese Angaben sind allerdings nicht auf informelle zivilgesellschaftliche Netzwerke und freiwillige Aktivitäten übertragbar, deren Zahl in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Davon wird später in diesem Beitrag noch die Rede sein. Sie schließen auch keine Protestaktionen mit ein, die einen weiteren wichtigen Aspekt zivilgesellschaftlicher Aktivitäten darstellen.

Internationale Ranglisten, die zivilgesellschaftliche Aktivitäten in zahlreichen Ländern über mehrere Jahre hinweg quantitativ erfassen, sind hilfreiche Mittel, um den Entwicklungsstand der ukrainischen Zivilgesellschaft im regionalen und zeitlichen Vergleich zu beurteilen. Zu diesen Ranglisten gehören der *Civil Society Organisation Sustainability Index (CSOSI)* der *United States Agency for International Development (USAID)* und der Bericht

4 Offizielle statistische Angaben des Staatlichen Registers der Unternehmen und Organisationen der Ukraine sind abrufbar unter: <http://www.ukrstat.gov.ua>. Die Angaben sind vom 1. August 2014. Die Krim und Sewastopol sind in den Statistiken nicht enthalten.

5 Vgl. Ljubov Palyvoda/Sofija Golota, *Stan ta dynamika rozvytku neurjadovych orhanizacij Ukraïny 2002-2010 roky* [Stand und Dynamik der Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine 2002-2010], Kiew 2010, S. 18.

6 Vgl. ebenda, S. 23.

Nations in Transit von Freedom House. Leider ist die Ukraine nicht Teil des CIVICUS-Index des *Johns Hopkins Center for Civil Society Studies*, der eine weitere hilfreiche Informationsquelle gewesen wäre.

Laut dem USAID-Index von 2013 war die ukrainische Zivilgesellschaft der Kategorie „sich entwickelnde Nachhaltigkeit“ („*sustainability evolving*“) zuzuordnen,⁷ die zwischen „Nachhaltigkeit verbessert“ („*sustainability enhanced*“) und „Nachhaltigkeit behindert“ („*sustainability impeded*“) liegt. Dies traf auf sechs von sieben Indikatoren zu.⁸ Die einzige Ausnahme war „Interessenvertretung“. Hier wurde die Nachhaltigkeit der ukrainischen Zivilgesellschaft als „verbessert“ eingestuft. USAID zufolge hat sich die Nachhaltigkeit der ukrainischen Zivilgesellschaft zwischen 1997 und 2013 beständig verbessert – im Gegensatz beispielsweise zu derjenigen der russischen Zivilgesellschaft, die sich verschlechtert hat.⁹ Im Jahr 2013 schnitt die Ukraine generell bei fast allen Indikatoren besser ab als andere Länder in der Region, darunter Russland, die westlichen GUS-Staaten sowie der Kaukasus.¹⁰ *Freedom House* hat einen ähnlichen Trend festgestellt, auch wenn die Veränderungen in diesem Fall nur schrittweise erfolgen. Die Zivilgesellschaft ist einer der sieben Indikatoren bzw. Dimensionen der Demokratie im *Nations in Transit Index*.¹¹ Ihm zufolge steigerte sich die Leistungsfähigkeit der ukrainischen Zivilgesellschaft von einem Wert von 3,00 im Jahr 2005 auf 2,75 in den folgenden Jahren und auf 2,50 im Jahr 2014.¹² Die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist nach Einschätzung von Freedom House deutlich besser vorangeschritten als die anderen sechs Dimensionen der Demokratie (der Demokratiegesamtwert lag 2014 bei 4,93). Ebenso wie der USAID-Index kommt auch *Freedom House* zu dem Ergebnis, dass die ukrainische Zivilgesellschaft weiter entwickelt ist als die anderer eurasischer (d.h. postsowjetischer) Staaten und auch der meisten Balkanstaaten. Der Wert der Ukraine (2,50) liegt über dem Mittelwert der postkommunistischen Region insgesamt (3,00).¹³

Die quantitativen Indikatoren spiegeln die positive Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine im Laufe der letzten zehn Jahre wider, also seit der

7 Vgl. USAID, 2013 CSO Sustainability Index for Central and Eastern Europe and Eurasia, 17th Edition – June 2014, S. 223-230, unter: <http://www.ngo.ee/sites/default/files/files/+E&E%202013%20CSOSI%20Full%20Report.pdf>.

8 Die sieben Indikatoren sind: rechtliche Rahmenbedingungen, organisatorische Kapazitäten, finanzielle Tragfähigkeit, Interessenvertretung, Dienstleistungserbringung, Infrastruktur und das Image in der Öffentlichkeit.

9 Vgl. USAID, a.a.O. (Anm. 7), S. 253.

10 Vgl. ebenda, S. 9.

11 Die Indikatoren sind: Wahlprozesse, Zivilgesellschaft, unabhängige Medien, nationale demokratische Regierungsführung, lokale demokratische Regierungsführung, gesetzliche Rahmenbedingungen und Unabhängigkeit sowie Korruption. Siehe Freedom House, *Nations in Transit*, 2014 *Nations in Transit Data*, unter: <https://freedomhouse.org/report-types/nations-transit#.VJLD-8kTVph>.

12 Die Bewertungen beruhen auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 die höchste Stufe demokratischen Fortschritts darstellt und 7 die niedrigste, siehe ebenda.

13 Vgl. Freedom House, *Nations in Transit 2014: Ratings and Democracy Score Summary*, unter: <http://freedomhouse.org/sites/default/files/Data%20tables.pdf>.

Orangen Revolution. Diese Entwicklung soll im Folgenden in Form einer Analyse der Beziehungen zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat, der breiteren Gesellschaft und externen Akteuren detaillierter untersucht werden.

Zivilgesellschaft und Staat

Für die zivilgesellschaftliche Entwicklung ist die Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat entscheidend. Für zivilgesellschaftliche Aktivitäten spielt der Staat in vierfacher Hinsicht eine Rolle. Erstens schafft er die allgemeinen „Arbeitsbedingungen“, die vom Zustand der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit abhängen. Wesentliche Bestandteile der Demokratie wie Vereinigungsfreiheit, das Recht, sich friedlich zu versammeln, Medienfreiheit, eine freie und gerechte Justiz sowie der Zugang zu öffentlichen Informationen sind dabei von großer Bedeutung und wirken sich unmittelbar auf die Zivilgesellschaft aus. Zweitens schafft der Staat ein sehr konkretes Umfeld für das Funktionieren der Zivilgesellschaft, nämlich das, was man „rechtliche Rahmenbedingungen“ nennt. Dazu gehören Zulassungsverfahren, steuerpolitische Maßnahmen und weitere Aspekte, die die alltägliche Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen regeln. Drittens zielen viele zivilgesellschaftliche Organisationen darauf ab, den Staat und seine Politik zu beeinflussen, so vor allem Organisationen aus dem Bereich Interessenvertretung. In welchem Maße sind der Staat und seine verschiedenen Organe bereit, der Zivilgesellschaft zuzuhören und mit ihr zusammenzuarbeiten? Ist eine solche Zusammenarbeit institutionalisiert und durch gewisse Abläufe reguliert, die z.B. Regierungsvertreter und Beamte dazu verpflichten, Vorschläge aus der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen bzw. zumindest auf sie einzugehen? Ob die Zivilgesellschaft ernst genommen wird und auf die Politik Einfluss nehmen kann, hängt unmittelbar davon ab, inwieweit der Staat für sie ansprechbar ist. Viertens können zivilgesellschaftliche Organisationen teilweise Funktionen übernehmen, die eigentlich der Staat erfüllen soll. Der Staat kann Nichtregierungsorganisationen bestimmte Verantwortungsbereiche, wie etwa soziale Dienste, übertragen und sie beispielsweise damit beauftragen, sich um Obdachlose, Senioren oder Menschen mit Behinderungen zu kümmern. In vielen Ländern funktioniert dieses Modell sehr gut, vor allem dann, wenn der Staat die entsprechenden Geldmittel und sonstigen Erfordernisse für solche Tätigkeiten zur Verfügung stellt.

Wie sich diese Dimensionen der Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft in der Ukraine entwickelt haben, ist leichter zu verstehen, wenn wir uns drei Phasen seit der Orangen Revolution genauer ansehen: die postrevolutionäre Phase, Janukowitschs Präsidentschaft von 2010 bis 2014, einschließlich der Euromaidan-Protteste, und die Phase nach dem Euromaidan. Diese Herangehensweise offenbart, dass es keine eindeutige Verbindung zwischen den allgemeinen Arbeitsbedingungen – die den Entwicklungsstand

der Demokratie und der politischen Freiheiten insgesamt betreffen – und den spezifischeren Dimensionen der Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft gibt. Während die Veränderungen in den allgemeinen Arbeitsbedingungen offensichtlich sind, wenn wir die drei genannten Phasen miteinander vergleichen, zeigt sich in den Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft eine gewisse Kontinuität.

Die Phase nach der Orangen Revolution war von freien und fairen Wahlen, relativer Pressefreiheit sowie Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gekennzeichnet. Damit war ein positives Umfeld für zivilgesellschaftliche Aktivitäten geschaffen. Gleichzeitig führten politische Machtkämpfe und eine schwache Staatskapazität zu Problemen mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und bei der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Trotz anhaltenden Drucks seitens der NGOs blieb der gesetzliche Rahmen, in dem sich diese bewegen mussten, äußerst ungünstig – er gehörte zu den schlechtesten in der GUS-Region. Vertreter der Zivilgesellschaft beschwerten sich darüber, dass es länger dauerte, eine NGO eintragen zu lassen als ein Unternehmen. Eine 2007 und 2008 durchgeführte Studie belegte, dass nur rund die Hälfte der bei den zentralen Behörden (19 Ministerien und 36 weiteren zentralen Behörden) eingerichteten zivilgesellschaftlichen Räte und lediglich zwei von 26 Räten auf regionaler Ebene funktionsfähig waren.¹⁴ Andererseits gab es durchaus Fälle von erfolgreicher Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die auf die Bereitschaft einzelner Politiker und Beamter zurückzuführen waren, mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. So wurde beispielsweise im Juni 2008 der Zivilgesellschaftliche Rat für die ukrainische Seite des Kooperationsausschusses EU-Ukraine ins Leben gerufen.¹⁵ Obwohl der Rat vom stellvertretenden Ministerpräsidenten für europäische Integration im Kabinett von Julia Timoschenko initiiert wurde, bestimmten Vertreter der Zivilgesellschaft die Zusammensetzung des Rates, dem aktive und professionelle führende Vertreter und Meinungsbildner der Zivilgesellschaft angehörten. Der Rat war eng in den Beratungsprozess zu Fragen, die die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine und die Integrationspolitik der Ukraine gegenüber Europa betrafen, eingebunden. Diese Praxis wurde jedoch kurz nach dem Amtsantritt Janukowitschs als Präsident eingestellt. Solche Erfolgsgeschichten waren trotz allem eher selten, eine systematische Politik der Beratung mit der Zivilgesellschaft gab es nicht.

Während der Präsidentschaft von Viktor Janukowitsch waren die allgemeinen Arbeitsbedingungen zwar ungünstiger, jedoch ergibt sich ein gemischtes Bild, wenn wir uns weitere Dimensionen der Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft vor Augen führen. Die Wahlen waren nicht mehr frei und

14 Vgl. Galyna Usatenko (Hrsg.). *Vzajemodija vlady i hromadskosti čerez mehanizmy hromadskych had. Stan i Perspektyvy* [Die Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und Behörden durch zivilgesellschaftliche Räte. Stand und Aussichten], Kiew 2008.

15 Der Kooperationsausschuss EU-Ukraine war eine der bilateralen Institutionen zwischen der EU und der Ukraine, die geschaffen wurden, um das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EU-Ukraine umzusetzen.

fair, was z.B. an den Kommunalwahlen im Herbst 2010 und den Parlamentswahlen im Herbst 2012 zu sehen war. In dieser Phase begannen sich für die Zivilgesellschaft mehrere Probleme abzuzeichnen. So wurde beispielsweise im September 2010 berichtet, ukrainische NGOs seien vom Sicherheitsdienst der Ukraine (*Sluschba bespeky Ukrainy*, SBU) angegriffen worden. Nur durch die entschiedene Reaktion der Zivilgesellschaft auf diese Übergriffe, die durch Druck von außen noch zusätzliches Gewicht erlangte, sahen sich die Behörden gezwungen zurückzurudern.¹⁶ Es kam jedoch sporadisch immer wieder zu ähnlichen Vorfällen. Die Ukrainische Helsinki-Menschenrechtsunion berichtete, dass sich die Bedingungen für die Zivilgesellschaft in den Jahren nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten, d.h. 2010 und 2011, rapide verschlechterten.¹⁷ Während seiner Präsidentschaft wurde auch das Versammlungsrecht eingeschränkt. Demonstrationen wurden häufig durch Gerichtsbeschlüsse untersagt. Während Janukowitschs Präsidentschaft gelang es den Behörden, angekündigte Protestaktionen oder Versammlungen in nicht weniger als 89 Prozent aller Fälle durch Gerichtsbeschlüsse zu verbieten.¹⁸ Auch die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen war nichts Ungewöhnliches. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Art und Weise, wie mit dem sogenannten „Steuer-Maidan“ umgegangen wurde – Protesten von Vertretern kleiner und mittlerer Unternehmen gegen die Einführung eines Steuergesetzes, von dem zu erwarten war, dass es die Bedingungen für Unternehmer verschlechtern würde. Die Proteste fanden im November 2010 statt und erreichten ein Ausmaß, das es seit 2004 nicht mehr gegeben hatte. Mehr als 30.000 Menschen demonstrierten in Kiew und mehrere Tausend in anderen Orten in der gesamten Ukraine. Doch schon nach zwei Wochen waren die Demonstranten von Bediensteten der Gemeinden zerstreut worden, und gegen die Organisatoren der Proteste wurden rund zehn Gerichtsverfahren eingeleitet. Obwohl sich die Regierung bereiterklärte, einige Änderungen an dem Steuergesetz vorzunehmen, die von den Unternehmern gefordert worden waren, wurden wichtige Bestimmungen, gegen die sich die Demonstranten gewandt hatten, wie vorgesehen verabschiedet. Dies hatte zur Folge, dass sich ein großer Teil der kleinen und mittleren Unternehmen in der Ukraine gezwungen sah, in die Schattenwirtschaft zu gehen.

-
- 16 Die Antwort des Sicherheitsdienstes ist wiedergegeben in: V SBU zajavyly, čto u nich net pretenziji k fondu „Vidrodžennja“ [SBU erklärt, er habe keine Ansprüche gegenüber der Stiftung „Renaissance“ (International Renaissance Foundation)], Censor.net, 8. September 2010, unter: http://censor.net.ua/news/131499/v_sbu_zayavili_čto_u_nih_net_pretenziyi_k_fondu_quotvidrodjennjaquot.
- 17 Vgl. Ukrainian Helsinki Human Rights Union, Annual Human Rights Report for 2010, unter: <http://helsinki.org.ua/index.php?id=1298307189>; Annual Human Rights Report for 2011, unter: <http://helsinki.org.ua/index.php?id=1332322255>.
- 18 Vgl. Centr Polityko-Pravovyh Reform, Svoboda myrnykh zibran' u praktyci administratyvnyh sudiv. Analityčnyj ogljad sudovj praktyky za 2010-2014 roky [Die Versammlungsfreiheit und die Praktiken der Verwaltungsgerichte. Ein analytischer Überblick über die Praxis der Gerichte 2010-2014], Kiew, 1. April 2014, unter: <http://piket.helsinki.org.ua/files/docs/1399375699.pdf>.

Die gewaltsame Reaktion auf die Euromaidan-Proteste markierte schließlich den Höhepunkt von Janukowitschs autoritärer Herrschaft. Am 30. November, eine Woche nach Beginn der Proteste, wurden Dutzende von protestierenden Studenten, die über Nacht geblieben waren, von der Spezialeinheit „*Berkut*“ brutal zusammengeschlagen. Zu weiteren gewaltsamen Zwischenfällen kam es am 1. Dezember bei Zusammenstößen in der Nähe des Gebäudes der Präsidialverwaltung sowie in der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember, als die Spezialeinheiten versuchten, den Maidan zu räumen. Im Januar und Februar verschärfte sich die Situation: Am 22. Januar wurden die ersten Demonstranten getötet. Zwischen dem 18. und 20. Februar stieg die Zahl der Toten auf fast 100. Viele von ihnen waren von Scharfschützen erschossen worden. Doch jeder weitere Gewaltausbruch führte bloß dazu, dass sich noch mehr Menschen den Euromaidan-Protesten anschlossen, die zunehmend radikaler wurden. Als sich die Proteste auf die Ostukraine ausbreiteten, schlossen sich die Ultras – die dortigen radikalen Fußballfans – mit den Demonstranten zur Unterstützung des Euromaidan zusammen. Am 16. Januar wurden schließlich die sogenannten „Diktaturgesetze“ verabschiedet, die jegliche Formen von Protest für illegal erklärten. Neben verschiedenen anderen Neuerungen wurden NGOs in den Gesetzen nun als „ausländische Agenten“ bezeichnet.¹⁹ Trotz der brutalen und autoritären Vorgehensweise, die sich während der Euromaidan-Proteste noch erheblich verschärfte, waren zivilgesellschaftliche Organisationen unter Janukowitschs Präsidentschaft bei ihrer Arbeit keinen schwerwiegenden Einschränkungen unterworfen. In diesem Zeitraum, also zwischen Februar 2010 und Februar 2014, konnte die Zivilgesellschaft relativ frei operieren, vor allem im Vergleich zu Russland, Belarus und Aserbaidschan, wo Aktivisten der Zivilgesellschaft häufig ins Gefängnis kamen. Zudem gelang es der Zivilgesellschaft gerade während Janukowitschs Präsidentschaft, die rechtlichen Rahmenbedingungen für ihre Aktivitäten zu verbessern. Zunächst wurde 2010 das Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen verabschiedet, das die Transparenz der Behörden erhöhte und es den Bürgern erleichterte, an Informationen zu gelangen. Später, im März 2012, wurde ein neues Gesetz über öffentliche Vereinigungen verabschiedet, das 2013 in Kraft trat. Mit dem Gesetz wurden Zulassungsverfahren vereinfacht und regionale Beschränkungen für Aktivitäten abgeschafft. Vereinigungen durften nun auch gewinnorientierten Tätigkeiten nachgehen, solange diese den Zielen der Organisation dienten. Eine Analyse, die ein Jahr, nachdem das Gesetz in Kraft getreten war, veröffentlicht wurde, kam zu dem Ergebnis, dass es tatsächlich leichter geworden war, eine NGO eintragen zu lassen (geringerer Zeitaufwand, standardisierte Dokumente). Gelder für NGO-Aktivitäten zu sammeln war jedoch nach wie vor problematisch, da die erforderlichen Änderungen am Steuergesetz noch nicht eingeführt worden waren. Dadurch verloren NGOs, die „unternehmerischen“ Tätigkeiten nachgingen, ihre Ge-

19 Vgl. Chesno, Kolesnychenko-Oliynyk laws: infographics, 17. Januar 2014, unter: <http://chesno.org/news/1815>.

meinnützigkeit.²⁰ Während dieser Zeit wurde auch das *Online-Register* für zivilgesellschaftliche Organisationen eingerichtet.²¹

Darüber hinaus trat im Februar 2013 das neue Gesetz über Wohltätigkeit und wohlthätige Organisationen in Kraft. Es erleichterte Letzteren die Zulassung, ermöglichte eine bessere Kontrolle über die Verwendung von Geldern für wohlthätige Zwecke und führte neue Instrumente für wohlthätige Zwecke, wie z.B. Stiftungen, ein.

Schließlich wurden die Strategie und der Aktionsplan der staatlichen Politik zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in der Ukraine verabschiedet. Im November 2013 hatten 23 Regionen in der Ukraine regionalen Programmen zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Entwicklung zugestimmt. Auf internationaler Ebene schloss sich die Ukraine der *Open Government Partnership* an und verabschiedete einen Aktionsplan zur Erhöhung der Transparenz und der Rechenschaftspflicht der Regierung. All diese Maßnahmen standen im krassen Gegensatz zum allgemeinen Verfall der Demokratie unter Janukowitschs Präsidentschaft.

Bemerkenswerterweise führte gerade dieser Verfall der Demokratie zu einer Konsolidierung der ukrainischen Zivilgesellschaft, in deren Verlauf sich *Advocacy*-Koalitionen und -Netzwerke herausbildeten. Während der Euro-aidan-Protteste und auch noch danach sollten sie sich als wichtige Ressource erweisen. Die erste Koalition dieser Art formierte sich kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Februar 2010. Noch war nicht klar, wer die Wahl gewinnen würde, jedoch hatte die Desillusionierung angesichts der Ergebnisse der Orangen Revolution zur Folge, dass innerhalb der Zivilgesellschaft die Bereitschaft zunahm, selber stärker die Initiative zu ergreifen. So wurde die Plattform „*Nowyj Hromadjanyn*“ („Neuer Bürger“) von mehr als 50 NGOs speziell mit dem Ziel ins Leben gerufen,²² den Wahlkampf vor den Präsidentschaftswahlen, die Wahlversprechen und die Programme der Kandidaten zu beobachten und zu fordern, dass die Versprechen nach der Wahl auch politisch umgesetzt wurden. Die Plattform wurde im November 2009 unter dem Motto „Wir sind keine Politiker, die die Ukraine verändern werden, sondern verantwortungsvolle neue Bürger“ gegründet und konzentriert sich seitdem auf Reformen, wobei sie insbesondere für den besseren Zugang zu Informationen eintritt und bereits bei zahlreichen Gelegenheiten Anfragen an öffentliche Einrichtungen nach Informationen formuliert hat. Im Mai 2010, kurz nach den Präsidentschaftswahlen, als deutlich wurde, dass Janukowitsch es mit der Einschränkung der Pressefreiheit tatsächlich ernst meinte, wurde ein Journalisten-Netzwerk gegründet, das sich „*Stop Zensuri*“ („Stoppt die Zensur“) nannte.²³ Das Netzwerk – oder vielmehr die Bewegung – aus mehr als

20 Vgl. Maksym Lacyba/Anastasija Šimčuk/Anastasija Krasnosils'ka, *Umovy dijal'nosti hromads'kych objednan'* [Bedingungen für die Tätigkeit ziviler Vereinigungen], unter: [http://www.ucipr.kiev.ua/userfiles/NGO_activity2013\(2\).pdf](http://www.ucipr.kiev.ua/userfiles/NGO_activity2013(2).pdf).

21 Siehe unter: <http://rgo.informjust.ua>.

22 Website unter: <http://newcitizen.org.ua/en>.

23 Website unter: <http://stopcensorship.wordpress.com>.

130 Journalisten, Aktivisten der Zivilgesellschaft und NGOs hatte zum Ziel, sämtliche Verstöße gegen die Medienfreiheit zu melden und die Medienfreiheit zu fördern. Im Oktober 2011, ein Jahr vor den Parlamentswahlen, wurde die Bewegung „Tšesno“²⁴ ins Leben gerufen.²⁵ Die erste Tšesno-Kampagne nannte sich „Filtert das Parlament“. Tšesno wurde von zwölf Initiatoren unter Mitwirkung von über 150 Organisationen gegründet und hatte zum Ziel, die ukrainische Gesellschaft vor Parlamentariern zu warnen, die für Korruption und andere Probleme bekannt waren. Während des Euromaidan spielte die Bewegung eine wichtige Rolle und ist nach wie vor aktiv.

Nach dem Ende des Euromaidan wurde das sogenannte „Reanimationspaket für Reformen“ (*Reanimacijnyj Paket Reform, RPR*) gestartet.²⁶ Das RPR brachte rund 300 Experten aus verschiedenen Reformbereichen zusammen, die sich im Laufe der Jahre beachtliche Kenntnisse angeeignet hatten. Entscheidend ist, dass das RPR über ein Pendant im Parlament verfügt – die Plattform für Reformen. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von 24 Parlamentsmitgliedern aus verschiedenen Parteien. Das RPR initiierte auch die Einrichtung eines Zentrums zur Unterstützung von Reformen beim Ministerkabinet, das als Brücke zwischen der Regierung und dem RPR fungieren soll. Das Resultat waren zehn wichtige, vom RPR vorgeschlagene Gesetze, die seit März 2014 verabschiedet wurden. Dank dieser Gesetze wurde u.a. eine unabhängige öffentliche Rundfunkanstalt gegründet, die Autonomie der Universitäten eingeführt, das Korruptionsrisiko gesenkt und der Zugang zu Informationen sichergestellt.²⁷ Bei den Wahlen im Oktober 2014 wurden mehrere RPR-Aktivisten ins Parlament gewählt, was Anlass zu der Hoffnung gibt, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und der Legislative verbessert.

Die Zivilgesellschaft und die breitere Gesellschaft

Für eine erfolgreiche Interessenvertretung muss die Zivilgesellschaft die breitere Gesellschaft mobilisieren. Dies setzt die Fähigkeit voraus, die Gesellschaft mit den eigenen Botschaften auch zu erreichen, bedeutet aber auch, dass ein gewisser Grad an Vertrauen zwischen der Bevölkerung und den Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen vorhanden sein muss. Beides stellt für die Ukraine immer noch ein Problem dar. Die Medien mit großer Reichweite sind im Besitz von Oligarchen, denen die meisten der wichtigen Fernsehsender und Zeitungen gehören. Die Zivilgesellschaft nutzt zur Verbreitung ihrer Botschaften zumeist das Internet. Die Nutzung des Internets

24 „Česno“ (engl.: „Chesno“) ist ukrainisch für „fair“ oder „ehrlich“. Es klingt zudem ähnlich wie das ukrainische Wort für Knoblauch („časnik“), das traditionell als ein Mittel zur Abwehr des Bösen angesehen wird.

25 Website unter: <http://www.chesno.org>.

26 Website unter: <http://platforma-reform.org> bzw. unter: <http://www.rpr.org.ua/ua>.

27 Siehe hierzu ausführlicher unter: http://platforma-reform.org/?page_id=448.

nimmt in der Ukraine zwar zu – im September 2013 waren 49,8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung *online*, die Wachstumsrate beträgt 16 Prozent pro Jahr²⁸ –, sein meinungsbildendes Potenzial ist jedoch noch immer begrenzt. Gleichzeitig ist das Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft in der breiteren Gesellschaft immer noch größer als das Vertrauen. Im März 2013 vertrauten 40 Prozent der Befragten den NGOs, 45 Prozent jedoch nicht.²⁹

Dennoch hat sich die Lage im Vergleich zu vor zehn Jahren deutlich verbessert. Im Oktober 2004 vertrauten knapp 32 Prozent den NGOs und knapp 45 Prozent nicht. Bis zum März 2013 stieg das Vertrauen auf fast 40 Prozent, was im Wesentlichen drauf zurückzuführen war, dass sich die Zahl derjenigen ohne eine feste Meinung verringert hatte. Das Misstrauen blieb hingegen mehr oder weniger unverändert. Die Zahl derjenigen, die den NGOs vollständig misstrauten (im Gegensatz zu einem gewissen Misstrauen), fiel von 21,2 Prozent im Oktober 2004 auf 17,8 Prozent im März 2013.³⁰

Die Zahl derjenigen, die ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Protesten bekundeten, war in den letzten Jahren zwar zurückgegangen, der Euromaidan bewies jedoch, dass Meinungsumfragen das Bild offenbar nur unvollständig wiedergaben und dass die Menschen unter bestimmten Bedingungen eben doch bereit waren, auf die Straße zu gehen. Das Kiewer Internationale Institut für Soziologie, das die Protestbereitschaft über viele Jahre hinweg ausgewertet hat, fand heraus, dass der Anteil der protestbereiten Bürger von 36 Prozent im Dezember 2004 (während der Orangen Revolution) auf 32 Prozent im Februar 2009, 25 Prozent im Februar 2011 und nur noch 22 Prozent im November 2013, also unmittelbar vor dem Euromaidan, gesunken war.³¹ Die Euromaidan-Demonstrationen veränderten die Lage in zweierlei Hinsicht. Erstens waren viel mehr Menschen als je zuvor bereit, ihre Häuser zu verlassen, sich für etwas einzusetzen und gemeinsam mit anderen etwas zu verändern. Zweitens stellte die Zivilgesellschaft ihre Fähigkeit unter Beweis, vielleicht nicht unbedingt Menschen für Proteste zu mobilisieren, aber doch die erforderliche Logistik und Infrastruktur für die Proteste zur Verfügung zu stellen und die Proteststimmung auf konstruktive Weise zu kanalisieren.

Eine Studie auf der Grundlage einer Analyse von rund 200 ukrainischen *Online*-Medien zeigte, dass zwischen dem 21. November 2013 und dem 23. Februar 2014 in der gesamten Ukraine mindestens 3.950 Protestaktionen stattfanden. Das ist mehr als im gesamten Jahr 2013 bis einschließlich 20.

28 Vgl. Kiev International Institute of Sociology, Dynamics of Using the Internet in Ukraine, 28. Oktober 2013, unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=199&page=8>.

29 Vgl. Razumkov Centre, Do you trust Non-Governmental Organizations? (fortlaufend, 2001-2013), unter: http://razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=81.

30 Vgl. ebenda.

31 Vgl. Kiev International Institute of Sociology, The Readiness of the Ukrainian Population to Participate in Actions of Social Protest (Before 20-th November 2013), 6. Dezember 2013, unter: <http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=214&page=7>. Die letzte Umfrage wurde einen Tag vor Ministerpräsident Mykola Asarows Ankündigung, dass das Assoziierungsabkommen nicht unterzeichnet werden würde, durchgeführt.

November (3.428) und mehr als der Jahresdurchschnitt von 2010 bis 2012.³² Von diesen Demonstrationen richteten sich lediglich 365 gegen die Euro-aidan-Proteste, wohingegen alle anderen sie direkt unterstützten. Diese Zahlen zeigten, dass Menschen, die für Demokratie und Reformen sind, sich in wesentlich größerem Umfang mobilisieren lassen als Menschen mit einer eher paternalistischen Haltung. Einer weiteren Meinungsumfrage zufolge erhöhte sich die Zahl derjenigen, die Bürgerbewegungen angehörten – die zudem mehrheitlich speziell mit verschiedenen Forderungen des Euromaidan übereinstimmten – außerdem zwischen Dezember 2013 (sechs Prozent) und Februar 2014 (14 Prozent) auf mehr als das Doppelte, und dies ungeachtet der Tatsache, dass die Mehrheit der Demonstranten keiner politischen Partei und keiner zivilgesellschaftlichen Organisation oder Bewegung angehörten (70 Prozent).³³ Das Ausmaß an freiwilligem Engagement während der Euro-aidan-Proteste und auch noch danach war besonders beeindruckend. Eine große Zahl von Menschen aus den verschiedensten Berufsgruppen und mit unterschiedlichen Hintergründen verbrachte viel Zeit auf dem Maidan und half beim Kochen oder Saubermachen, spendete Geld oder brachte Essen, Kleidung und sonstige Dinge, die die dauerhaft auf dem Maidan kampierenden Demonstranten benötigten.

Heute spenden die Menschen bereitwillig Geld an die Armee und freiwillige Initiativen, die die Armee, die Freiwilligenverbände und die vom Krieg betroffene Zivilbevölkerung unterstützen. Nach Angaben der größten ukrainischen Bank *PryvatBank*, die ein Sonderunterstützungsprogramm für die Armee ins Leben gerufen hat, spendeten die Ukrainer zwischen Juni und September 2014 mehr als 3,4 Millionen ukrainische Hrywnja (UAH) (ca. 150.000 Euro) an die Armee. Das Durchschnittsalter der Spender betrug 38-40 Jahre.³⁴ Zwischen Mai und September 2014 unterstützten einer Meinungsumfrage zufolge 77,7 Prozent der Ukrainer die Armee und Binnenvertriebene.³⁵ Es überrascht daher nicht, dass freiwillige Initiativen in den Meinungsumfragen zum Thema Vertrauen in öffentliche und bürgerliche Institu-

32 Vgl. Centre for Society Research, Statistics from Maidan protest events: participants, geography, violence, unter: http://www.cedos.org.ua/system/attachments/files/000/000/052/original/CSR_-Maidan_-_9_Jul_2014_-_eng.pdf?1406658801. Eine Zusammenfassung des Berichts findet sich unter: <http://www.cedos.org.ua/uk/releases/36>.

33 Vgl. Fond Demokratični Inicijatyvy [Democratic Initiatives Foundation], Maidan-December and Maidan-February: what has changed, Februar 2014, unter: <http://www.dif.org.ua/en/publications/press-relizy/vid-mchi-sho-zminilos.htm>.

34 Vgl. PryvatBank, Chto dopomogaje armii Ukraïny – infografika vid PrivatBanku [Wer hilft der ukrainischen Armee – PriyvatBank-Infografik], unter: <http://privatbank.ua/news/kto-pomogajet-armii-infografika-privatbanka/?&nomob=1>.

35 Die Unterstützung erfolgte beispielsweise in Form von finanziellen Zuwendungen, Kleider-, Nahrungsmittel- und Medikamentenspenden sowie durch die Teilnahme an freiwilligen Aktivitäten. Zu weiteren Einzelheiten siehe: Fond Demokratični Inicijatyvy [Democratic Initiatives Foundation], 32,5 % Ukraïnciv osobysto perekazaly svoï košty na rachunky Ukraïns'koi armii. Seljany vidznačylys' vyščoju dobročynnistju, aniž mis'ki žyteli [32,5 Prozent der Ukrainer haben eigenhändig Geld auf die Konten der ukrainischen Armee überwiesen. Die Landbevölkerung war großzügiger als die Stadtbewohner], unter: http://dif.org.ua/ua/commentaries/sociologist_view/32anizh-miski-zhiteli.htm.

tionen in der Ukraine die obersten Plätze belegten: Auf einer Skala von null bis zehn erreichte das Vertrauen in Freiwillige 7,3 Punkte – weit mehr als das Vertrauen in staatliche Behörden.³⁶

Die Zivilgesellschaft spielte von Anfang an eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Protestbewegung. Als die Proteste begannen, gelang es vielen NGOs und ihren Vertretern, wichtige Teile der erforderlichen Logistik rasch zu organisieren und gleichzeitig weiterhin als Meinungsbildner, Kritiker der politisch Verantwortlichen und Befürworter einer aktiveren EU-Politik zu fungieren. Zu den sichtbarsten Initiativen während des Euromaidan gehörten Automaidan,³⁷ eine Bewegung, die sich aus Autobesitzern zusammensetzte, die eine ganz besondere Protestform entwickelt hatten, indem sie den Demonstranten mit ihren Autos Hilfe leisteten oder sogar die Barrikaden vor der Polizei beschützten; Euromaidan SOS,³⁸ eine Initiative, die Informationen über Menschen in Not sammelte (Vermisste, Verhaftete, Verletzte etc.) und nach den Protesten damit begann, Menschen zu helfen, die von der Krim oder aus dem Kriegsgebiet in der Ostukraine geflohen sind; eine aus Rechtsanwälten bestehende Initiative, die kostenlose Rechtsberatung anbot; ein aus freiwilligen Sanitätern bestehender medizinischer Dienst³⁹ und der Zivile Sektor des Euromaidan.⁴⁰ Letzterer bestand größtenteils aus jungen Leuten, die verschiedene NGOs vertraten und nicht nur freiwillig auf dem Maidan tätig waren, sondern auch internationale Organisationen, die versuchten, Einfluss auf die Entwicklungen in der Ukraine zu nehmen, sachkundig berieten und regelmäßige *Updates* über die Entwicklungen im Land in englischer Sprache veröffentlichten. Zahlreiche Menschen waren u.a. auch an der Übersetzung wichtiger Texte in verschiedene Sprachen sowie an der Beobachtung ausländischer Medien beteiligt – all dies auf freiwilliger Basis. Dies sind nur einige wenige Beispiele für die vielen zivilen Initiativen, die während der Proteste aktiv waren.

Die Verbindung zwischen den Protestaktivitäten und der Zivilgesellschaft ist nicht ganz einfach. Es ist Lucan Way zuzustimmen, der die Ansicht vertritt, die ukrainische Zivilgesellschaft habe während der Proteste die Funktion eines „Verkehrspolizisten“ innegehabt, indem sie die sich herausbildenden Protestaktivitäten lenkte und erleichterte. Wenn die Zivilgesellschaft in dieser Funktion erfolgreich ist, ist es wahrscheinlicher, dass die Proteste mit den Ressourcen versorgt werden, die sie benötigen, um fortgesetzt werden und politische Ergebnisse beeinflussen zu können. Way zufolge war die ukrainische Zivilgesellschaft jedoch kein besonders guter „Disponent“ oder Mobili-

36 Siehe die Ergebnisse der vom Kyiv International Institute of Sociology und Zerkalo Nedeli [Wochenspiegel] im Dezember 2014 durchgeführten Umfrage, in: Zerkalo Nedeli, *Narod y Vlast'* [Das Volk und die Macht], unter: <http://opros2014.zn.ua/authority>.

37 Vgl. <http://www.facebook.com/automaidan>.

38 Vgl. <https://www.facebook.com/EvromaidanSOS>.

39 Vgl. <http://www.facebook.com/Medsluzhba2013>.

40 Vgl. <http://www.facebook.com/hrom.sektor.euromaidan>.

sierer. Sie war nicht imstande, Menschen auf die Straße zu bringen oder auf andere Weise Druck aufzubauen.⁴¹

Die Rolle der Zivilgesellschaft während der Orangen Revolution – und auch in den Entwicklungen danach – war eine deutlich andere als heute. Erstens war die Zivilgesellschaft nicht die treibende Kraft hinter den Protesten von 2004; diese wurden vielmehr in erster Linie von der politischen Opposition angeführt. Im Gegensatz zu 2013 kamen die Proteste im Jahr 2004 auch nicht überraschend – sowohl die politische Opposition als auch die Zivilgesellschaft hatten sich bereits im Vorfeld auf sie vorbereitet, da sie mit einer Fälschung der Wahlergebnisse gerechnet hatten. So stand eine der bekanntesten Gruppen jener Zeit, die zivilgesellschaftliche Initiative *Pora!*, schon geraume Zeit vor dem Beginn der Proteste mit ähnlichen Gruppen in Georgien (*Kmara!*) und Serbien (*Otpor*) in engem Kontakt. Zweitens gelang es der Zivilgesellschaft nach dem erfolgreichen Ausgang und unmittelbaren Ergebnis der Revolution – freien und gerechten Wahlen, bei denen der Oppositionskandidat Viktor Juschtschenko zum Präsidenten gewählt wurde – nicht, den Druck auf die politischen Eliten aufrechtzuerhalten, um auf Veränderungen des Systems und Reformen zu drängen. Es schlossen sich im Gegenteil so viele Führungspersonlichkeiten aus der Zivilgesellschaft der neuen Obrigkeit an, dass es Befürchtungen gab, die Zivilgesellschaft würde ihre Fähigkeit, Druck auf den Staat auszuüben, verlieren. Das Vertrauen in die neue politische Führung war so hoch, dass die Zivilgesellschaft ihr freie Hand ließ und auf den notwendigen Druck und die erforderliche Kontrolle von unten verzichtete.

Die Euromaidan-Proteste bilden dazu einen starken Kontrast. Zum einen begannen sie spontan, und die politische Opposition spielte dabei nur eine marginale Rolle. Die politische Opposition war während der drei Monate aktiver Proteste vom November 2013 bis Februar 2014 nicht in der Lage, die Agenda zu bestimmen, sondern musste reagieren und sich der Stimmung auf der Straße anpassen. Im Gegensatz dazu organisierte die Zivilgesellschaft frühzeitig die Infrastruktur, die erforderlich war, um die Proteste zu unterstützen und die Weitergabe von Geld-, Nahrungsmittel-, Kleider- und Medikamentenspenden der Bürger zu koordinieren. Darüber hinaus verfolgte die Zivilgesellschaft nach dem Euromaidan einen völlig anderen Ansatz als während der Orangen Revolution. Sie zeigte großes Verantwortungsbewusstsein für die Entwicklungen im Land und drängte schon bald – wie weiter oben beschrieben – auf Reformen.

41 Vgl. Lucan Way, *Civil Society and Democratization*, in: *Journal of Democracy* 3/2014, S. 35-43.

Externe Akteure – eine Quelle der Unterstützung und ein zusätzlicher Hebel beim Drängen auf Reformen

Externe Akteure haben bei der Gestaltung und der Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Ukraine stets eine wichtige Rolle gespielt. Bis vor Kurzem waren die wichtigsten Funktionen externer Akteure mit Blick auf die ukrainische Zivilgesellschaft finanzielle Unterstützung und Kapazitätsaufbau. Erhebliche Unterstützung kam von den Vereinigten Staaten (durch USAID, die *National Endowment for Democracy*, NED, das *National Democratic Institute*, NDI, und das *National Republican Institute*, NRI), der EU und ihren Mitgliedstaaten, dem Europarat, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das häufig von der EU finanziert wurde, um Projekte in der Ukraine durchzuführen, sowie von der *International Renaissance Foundation*, die zwar eine ukrainische Stiftung ist, aber zum internationalen *Open-Society-Foundations*-Netzwerk gehört, das von George Soros finanziert wird. Man kann behaupten, dass die ukrainische Zivilgesellschaft ohne die Unterstützung von außen, die seit der Unabhängigkeit ihre wichtigste Geldquelle war, nicht zu dem geworden wäre, was sie heute ist.

Die Rolle externer Akteure – vor allem der EU – hat sich verändert, seit die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ins Leben gerufen wurde, oder genauer gesagt, seit der EU-Ukraine-Aktionsplan im Februar 2005 unterzeichnet wurde.⁴² Letzteres fiel mit dem unmittelbaren Resultat der Orangen Revolution zusammen – dem Amtsantritt eines frei und fair gewählten Präsidenten. Mit der Unterzeichnung des Aktionsplans legte die EU der Ukraine eine Liste mit Reformvorschlägen vor, die von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bis zu audiovisuellen Medien und technischen Standards reichten. Das Dokument wurde heftig dafür kritisiert, lediglich eine lange „Einkaufsliste“⁴³ zu sein, die keinerlei Prioritäten setzte. Dennoch gab die EU der Ukraine hier zum ersten Mal „Hausaufgaben“ auf. Obwohl der Aktionsplan und das Nachfolgedokument – die Assoziierungsagenda⁴⁴ – von den politischen Eliten der Ukraine weitgehend ignoriert wurden, entwickelten sie sich zu wichtigen Bezugspunkten für die Zivilgesellschaft und dienten der Bürokratie auf mittlerer Ebene als Orientierung.⁴⁵ Und schließlich öffnet das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, dessen Ratifizierung durch die ukrainische Werchowna Rada und das Europäische Parlament im

42 Vgl. EU Neighbourhood Library, EU-Ukraine Action Plan, unter: <http://www.enpi-info.eu/library/content/eu-ukraine-action-plan-0>.

43 Vgl. Karen E. Smith, The outsiders: the European neighbourhood policy, in: *International Affairs* 4/2005, S. 757-773.

44 Vgl. European Commission – External Relations, EU-Ukraine Association Agenda, verabschiedet vom Kooperationsrat EU-Ukraine am 23. November 2009, unter: http://www.eeas.europa.eu/ukraine/docs/2010_eu_ukraine_association_agenda_en.pdf.

45 Vgl. Kataryna Wolczuk, Implementation without Coordination: The Impact of EU Conditionality on Ukraine under the European Neighbourhood Policy, in: *Europe-Asia Studies* 2/2009, S. 198-207. Vgl. ebenso Iryna Solonenko, European Neighbourhood Policy Implementation in Ukraine. Local Context Matters, in: Erwan Lannon (Hrsg.), *The European Neighbourhood Policy's Challenges*, Brüssel 2012, S. 345-379.

Laufe des Jahres 2014 erwartet wird, die Tür zu einer umfassenden Europäisierung der Ukraine.⁴⁶ Die in diesem Dokument genannten und von den Erklärungen verschiedener europäischer Akteure bekräftigten Ziele decken sich weitgehend mit den Reformzielen, für die die Zivilgesellschaft eintritt. Auf diese Weise verlieh die EU der Zivilgesellschaft indirekt mehr Macht und stärkte deren Rolle im innenpolitischen Reformprozess.

Die EU ist auch direkt mit der ukrainischen Zivilgesellschaft in den Dialog getreten. In den letzten Jahren kam es bei fast jedem offiziellen Besuch von EU-Vertretern auch zu einem Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Solche Treffen ermöglichten es der EU, sich mithilfe alternativer Quellen über die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine zu informieren; sie signalisierten aber auch, dass die EU bereit war, das Monopol der Regierung in ihrem Dialog mit der Ukraine aufzuheben. Ein bekanntes Beispiel hierfür war das Treffen im Anschluss an den EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011, bei dem sich José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, und Herman Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates, zum ersten Mal mit örtlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen trafen und damit verdeutlichten, dass die Zivilgesellschaft eine politische Rolle spielt. Ebenso fanden bei fast allen Besuchen Catherine Ashtons und anderer EU-Vertreter während der Euromaidan-Proteste und auch danach gesonderte Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft statt. Die Praxis, die Zivilgesellschaft als Partner zu behandeln, der alternative Informationen zur Verfügung stellt, aber auch dabei hilft, gemeinsame Reformziele zu fördern, hat sich etabliert.

Für die Finanzierung der Zivilgesellschaft hat die EU eine ganze Reihe von Instrumenten entwickelt. So stellte sie der Ukraine beispielsweise für den Zeitraum 2011-2013 im Rahmen des Programms *Non-State Actors and Local Authorities in Development* (NSA-LA) insgesamt 2,9 Millionen Euro zur Verfügung. Durch das *European Instrument for Democracy and Human Rights* (EIDHR) flossen im selben Zeitraum weitere 3,6 Millionen Euro in die Ukraine.

Darüber hinaus hat die EU neue Instrumente zur Unterstützung der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen, wie etwa die *Civil Society Facility*, mit der die Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen gefördert werden soll, sich für Reformen einzusetzen, und die *European Endowment for Democracy*. Die Stiftung richtet sich gezielt an nicht eingetragene Initiativen und hat seit ihrer Gründung im Jahr 2013 bereits 16 von ihnen in den Bereichen Medien, sozialer Aktivismus und Interessenvertretung in der Ukraine unterstützt.⁴⁷ Mit diesen Instrumenten hat sich die Förderung der Zivilgesellschaft durch

46 Die Ukraine wird bis zu 80 Prozent des *Acquis communautaire* der EU in ihre nationale Gesetzgebung überführen müssen; es wird erwartet, dass dies zu tiefgreifenden Reformen führen wird.

47 Für weitere Informationen siehe die Liste der Projekte mitsamt detaillierter Beschreibungen unter: <https://www.democracyendowment.eu/we-support/?country=15>.

die EU in ihrer Nachbarschaft, einschließlich der Ukraine, beinahe verdoppelt.

Die EU unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen in der Ukraine auch mithilfe anderer internationaler Organisationen. Dazu gehören der Europarat und das UNDP. Der Europarat verwaltet „Gemeinsame Programme“, die von der EU finanziert werden. In deren Rahmen finden Expertentreffen statt und es werden Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau durchgeführt. Die Programme richten sich nicht nur an öffentliche Akteure, die eine wichtige Rolle im Bereich Menschenrechte spielen, wie z.B. Richter, sondern auch an zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalisten. Seit 2008 betreibt das UNDP ein Projekt zur Förderung gemeindeorientierter Strategien für die lokale Entwicklung („*Community Based Approach to Local Development*“). Dieses Projekt mobilisiert lokale Gemeinden dazu, aktiv zu werden. So wurde z.B. ein Schulbusdienst eingerichtet, um abgelegene Dörfer erreichen zu können, oder es wurde eine Schule mit energiesparender Technik neu aufgebaut. Der Wert dieses Projekts liegt darin zu zeigen, dass lokale Probleme auch lokal und mit relativ geringen Kosten gelöst werden können, wenn sich die Mitglieder einer Gemeinde zusammentun. Im Zeitraum von 2008 bis 2011 wurden über 15 Millionen Euro für das Projekt ausgegeben, für 2011 bis 2015 stehen 17 Millionen Euro bereit.⁴⁸

Es sollte jedoch angemerkt werden, dass Geldmittel für die Zivilgesellschaft nur einen Bruchteil der Gelder ausmachen, die von der EU für die Ukraine zur Verfügung gestellt werden. Eine Studie des *Open Society Institute* in Brüssel aus dem Jahr 2011 zeigte, dass lediglich 0,3 Prozent der gesamten EU-Mittel für die Ukraine in die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen fließen.⁴⁹ Selbst nach der Verdopplung der Unterstützung für die Zivilgesellschaft durch die neuen Instrumente beträgt der Anteil an der Gesamtsumme immer noch weniger als ein Prozent. Der wirkliche Hebel der EU scheint in dieser Hinsicht weniger die finanzielle Unterstützung zu sein, als vielmehr ihre Eigenschaft als Partner und wichtiger Bezugspunkt für die Zivilgesellschaft.

Externe Demokratieförderung mithilfe der Zivilgesellschaft wird häufig dafür kritisiert, „politische Dienstleister“ hervorzubringen – elitäre NGOs, die von westlichen Geldgebern finanziert werden, sich aber von den Bürgern vor Ort entfremdet haben.⁵⁰ Der Vorwurf mag bis zu einem gewissen Grad auch zutreffend sein, doch ist es gerade diese Art der Zivilgesellschaft, die heute

48 Ausführlicher hierzu siehe die Website des Projekts unter: <http://cba.org.ua/en>.

49 Vgl. Open Society Institute – Brussels, Assessment of the 25 May 2011 Joint communication from HR/VP Ashton and the Commission, „A New Response to a Changing Neighbourhood“, Juni 2011, S. 1, unter: <http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/2011-06%2520OSI-B%2520Assessment%2520of%2520Joint%2520ENP%2520Com.Final.pdf>.

50 Vgl. Irene Hahn-Fuhr/Susann Worschech, External Democracy Promotion and Divided Civil Society – The Missing Link, in: Timm Beichelt/Irene Hahn-Fuhr/Frank Schimmelfennig/Susann Worschech, *Civil Society and Democracy Promotion*, Basingstoke 2013, S. 11-41.

den Kern derjenigen ausmacht, die die Reformen in der Ukraine vorantreiben. Dank der Gelder aus dem Westen, die es der Ukraine u.a. ermöglicht haben, auf die Erfahrungen erfolgreicher postkommunistischer Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa zurückzugreifen, konnten diese NGOs, oder vielmehr *Think-Tanks*, wichtige Kenntnisse sammeln, die, wenn sie in Netzwerke wie das RPR fließen, in hohem Maße der Interessenvertretung dienen.

Schlussfolgerungen: die Zivilgesellschaft in der Ukraine als Motor der Reformen und Helfer eines schwachen Staates

Blickt man auf die Entwicklungen in der Ukraine seit November 2013 zurück, so ist die entscheidende Rolle, die die Zivilgesellschaft und der Aktivismus der Bürger dabei gespielt haben, nicht zu übersehen. Unter anderen Bedingungen wäre die Entscheidung der ukrainischen Regierung, die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu suspendieren, auf keinerlei Widerstand gestoßen, wie es z.B. im September desselben Jahres in Armenien geschehen ist. Wäre es so gekommen, hätte Janukowitsch seine Macht noch weiter konsolidieren und 2015 eine zweite Amtszeit antreten können. Vieles spricht also dafür, dass die Zivilgesellschaft und der Aktivismus der Bürger in der Ukraine die Veränderungen im Land beschleunigt haben.

Seit der Orangen Revolution hat die ukrainische Zivilgesellschaft zweifellos große Fortschritte gemacht. Ein Aspekt dieser Fortschritte betrifft ihre Beziehungen zum Staat, zur breiteren Gesellschaft und zu externen Akteuren. Die im Anschluss an die Euromaidan-Proteste gebildeten neuen Regierungen haben eine größere Bereitschaft gezeigt, mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten und ihr Know-how mit zu berücksichtigen. Die Beziehung zum Parlament ist gemischt. Zwar gibt es seit den vorgezogenen Wahlen vom Oktober 2014 im Parlament einige neue Gesichter. Es wird jedoch nach wie vor von Politikern des alten Regimes beherrscht. Und auch wenn das Parlament einige wichtige Gesetze verabschiedet hat, für die die Zivilgesellschaft eingetreten war, widerstrebt es den meisten Parlamentariern noch immer, weitreichende Reformen durchzuführen. Innerhalb der Gesellschaft insgesamt ist das Vertrauen in die Zivilgesellschaft gewachsen. Dank der Proteste und der Aggression von außen ist die Trennung zwischen Zivilgesellschaft und breiterer Gesellschaft auch nicht mehr so scharf wie zuvor. Heute sind viel mehr Menschen in informelle Bürgernetzwerke und freiwillige Aktivitäten eingebunden oder sie stellen Spenden zur Verfügung. Internationale Akteure nehmen die Zivilgesellschaft zunehmend als einen Partner und nicht nur als Empfänger von Geldern wahr. Ein weiterer Aspekt ist der offensichtliche Wandel in der Selbstwahrnehmung der Zivilgesellschaft. Sie vertraut nicht mehr darauf, dass die demokratisch gewählten Verantwortlichen die Arbeit

schon erledigen werden, wie es nach der Orangen Revolution der Fall war, sondern ist selber zum Motor der Reformen geworden. Die Zivilgesellschaft artikuliert nicht nur Forderungen und Erwartungen, sondern geht auch Bündnisse mit reformorientierten Parlamentariern und Regierungsmitgliedern ein und übt die Kontrolle über das politische Geschehen aus.

Abgesehen von ihrer natürlichen Weiterentwicklung im Laufe des letzten Jahrzehnts gibt es zwei weitere wahrscheinliche Gründe für das Anwachsen der ukrainischen Zivilgesellschaft. Erstens wurde die Lektion aus der Orangen Revolution gelernt: Ohne starke Mechanismen gesellschaftlicher Kontrolle und Druckausübung stehen die Chancen auf eine transparente Politik, die das Wohl der Gesellschaft zum Ziel hat, schlecht. Zweitens leistete Janukowitschs Herrschaft paradoxerweise einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Zivilgesellschaft, die in den Euromaidan-Protesten und den anschließenden Entwicklungen eine zentrale Rolle spielte.

Heute fordert die Zivilgesellschaft die Grundlagen des Gesellschaftsvertrags heraus, die während der Umwandlung der Ukraine nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit und nach der Orangen Revolution vorherrschten. Diesem Vertrag entsprechend kümmerte sich der Staat nicht um das Gemeinwohl, sondern ließ die Vereinnahmung des Staates durch einen kleinen Kreis von Personen mit privilegiertem Zugang zu öffentlichen Ressourcen zu. In dieser Situation erhielt die Gesellschaft vom Staat nicht die erwarteten Leistungen. Stattdessen versuchte sie, trotz des Staates zu überleben, indem sie keine Steuern zahlte und die Korruption förderte. Heutzutage versucht die ukrainische Zivilgesellschaft einen anderen Ethos zu befördern, der den berühmten Worten von US-Präsident John F. Kennedy entspricht: „Frag nicht, was dein Land für dich tun kann; frag, was du für dein Land tun kannst.“

Obwohl der Großteil der ukrainischen Bevölkerung immer noch lieber nach den alten Regeln lebt, hat sich daneben ein neuer Typ von Bürgern herausgebildet, und dies gibt Grund zu großer Hoffnung für die Zukunft.